Eine Deeskalation im Osten und Süden kann nur auf politischem Weg gelingen. Die Regierung in Kiew machte bereits seit März eine Reihe von Vorschlägen, von der Festschreibung der Sonderrolle der russischen Sprache in der zukünftigen Verfassung bis zum Angebot eines Rundes Tisches an die politischen Kräfte im Osten. Die Vertreter der "Volksrepublik Donec'k" lehnten jedoch Gespräche mit der "Junta" in Kiew ab. Die Regierung verabschiedete Anfang April eine "Konzeption zur Dezentralisierung der Macht", die in vielen Punkten mit den Forderungen der Separatisten im Osten übereinstimmt: Wahl der Gouverneure statt der jetzigen Ernennung durch den Präsidenten, Schaffung echter Selbstverwaltungsorgane mit eigenständigen fiskalischen Kompetenzen. 90 Anfang April verabschiedete das Parlament ein neues Wahlgesetz für Kommunal- und Regionalwahlen. 91

Allerdings gelang es nicht, den Separatisten im Donbass durch ein eigenes Referendum den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Regierung hatte dem Parlament vorgeschlagen, ein gesamtstaatliches Referendum über staatliche Einheit und Dezentralisierung zugleich mit der Präsidentenwahl am 25. Mai abzuhalten. Das Parlament lehnte jedoch ab. So konnten die Separatisten für ihr Pseudoreferendum am 11. Mai noch einmal den Donbass mobilisieren und einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung auf ihre Seite ziehen. Die Menschen stimmten für die "Selbständigkeit" ihrer Region, tatsächlich aber war es eine Protestabstimmung, nicht für etwas Bestimmtes, sondern gegen die bestehenden Zustände. In den übrigen sechs Gebieten des Südens und Ostens gelang den prorussischen Kräften eine Destabilisierung jedoch nicht. "Neu-Russland" wird es also nicht geben.

Das Manuskript wurde am 11. Mai 2014 abgeschlossen.

Petra Stykow

Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise

Gleichzeitige Demokratisierung und Staatsbildung als Überforderung

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine prägen die höchst spannungsvollen Prozesse der Demokratisierung und der Herausbildung eines funktionsfähigen Nationalstaats die Inhalte und Formen des Machtwettbewerbs der Eliten. Zum entscheidenden Faktor ihrer Auseinandersetzungen wird mitunter die Mobilisierung von Protest. Deutlicher als die Orange Revolution, die vor allem mehr Demokratie forderte, stellen der Euromajdan und der Separatismus im Osten die ukrainische Staatlichkeit in den Mittelpunkt. Die daraus erwachsene Staatskrise hat die Ukraine zum Schauplatz der aktuellen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen gemacht.

Ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges ist der Antagonismus von "Ost" und "West" zurückgekehrt. Er prägt unser Bild von der Ukraine, die seit der Orangen Revolution 2004 als sprachlich, ethnisch und politisch zweigeteilt wahrgenommen wird. Diese tiefe Spaltung scheint für große innen- und geopolitische Alternativen zu stehen, die an das späte 20. Jahrhundert erinnern: Demokratie und Integration in die Wertegemeinschaft des Westens sowie seiner Bündnisse oder aber Autoritarismus und erneute Kolonialisierung durch ein imperial agierendes Russland. Diese Meistererzählung, die dem aktuellen deutschen Diskurs über das Schicksal der Ukraine und die politische Verantwortung für die Eskalation der Situation erkennbar zugrunde liegt, wird der existentiellen Krise der Ukraine jedoch nicht gerecht. Sie lässt in Vergessenheit geraten, dass diese Krise innenpolitische Ursachen hat. Aus ihnen erwuchs eine Situation, in der die geographische Lage des Landes zum Schicksalsfaktor wird, weil die scheinbare Zweiteilung in einen demokratischen, nach Europa orientierten Westen und einen prorussischen Osten zur tektonischen Bruchlinie einer sich seit Jahren formierenden neuen geopolitischen Rivalität zwischen Russland und "dem Westen" geworden ist.

Um die innenpolitischen Ursachen dieser Krise zu verstehen, muss die gesamte postsowjetische Geschichte des Landes in den Blick genommen werden. In der Ukraine ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten keine einzelne Elitengruppe in der Lage gewesen, den Staat dauerhaft unter ihre Kontrolle zu bringen und den politischen Wettbewerb zu strangulieren. Mehr noch, ukrainische Politik ist durch einen in der

Kabmin schvalyv Koncepciju decentralizaciji vlady v Ukrajini, http://korrespondent.net/ukraine/politics/3343158-kabmyn-odobryl-kontseptsyui-detsentralyzatsyy-vlasty-v-ukrayne.

Rada narešti schvalyla zakon pro provedennja miscevych vyboriv, www.pravda.com.ua/ news/2014/04/8/7021728/>.

Petra Stykow (1961), Prof. Dr., Politikwissenschaftlerin an der Ludwig-Maximilians-Universität, München

Von Petra Stykow erschien zuletzt in OSTEUROPA: Die Wahl des Wahlsystems: Demokratische Regeln, undemokratische Wahlen in: OE, 9/2010, S. 53–70. – Gesellschaft als staatliche Veranstaltung, in: OE, 9/2006, S. 25–42.

OSTEUROPA, 64. Jg., 5-6/2014, S. 41-60

postsowjetischen Region einzigartigen politischen Pluralismus geprägt, der tiefe strukturelle Wurzeln hat. Wahlen, auch wenn sie keineswegs immer frei und fair verliefen, sind hier nie zur zeremoniellen Bestätigung von Amtsinhabern verkommen wie in den meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion, sondern haben stets über die Zuweisung politischer Gestaltungsmacht entschieden.

Dennoch ist die Ukraine, anders als die baltischen Republiken, keine Demokratie geworden. Vielmehr wechselten sich hier Phasen der autoritären Konsolidierung mit Demokratisierungsschüben ab. Im Unterschied zu den anderen Ländern in der Region haben sich aber auch autoritäre Trends nie langfristig durchsetzen können. Stattdessen ist die Politik bis heute durch *feckless pluralism* gekennzeichnet. Dieser wirkungslose, ineffektive Pluralismus kennt zwar Wahlen, Regierungswechsel, bürgerliche Rechte und politische Freiheiten, aber demokratische Spielregeln werden permanent verletzt, Politik erscheint als Geschäft korrupter Eliten, Staat und Verwaltung funktionieren ineffizient, und Teile der Gesellschaft schwanken zwischen Entfremdung und offenem Protest. Die aktuelle Staatskrise der Ukraine ist daraus hervorgegangen.

Prekäre Spielregeln und wechselnde Allianzen der politischen Eliten

Um die Vielfalt und Widersprüchlichkeit der postsozialistischen Entwicklungen in der Ukraine gedanklich zu ordnen und stringent zu interpretieren, sind theoretische Einsichten der vergleichenden Demokratisierungs-, Nationalismus- und Autoritarismusforschung hilfreich. Den Ausgangspunkt bildet die sogenannte Transitionstheorie, deren Erkenntnisse auf der Analyse von Systemwechseln in Südeuropa und Lateinamerika seit den 1970er Jahren beruhen. Ihr theoretischer Kern besteht in der Annahme, dass Demokratie nicht auf revolutionärem Wege erkämpft werden muss (und womöglich gar nicht kann), sondern unter Umständen unmittelbar aus den Rivalitäten von mehreren Elitengruppen um die politische Macht entsteht. Wenn diese Gruppen wiederholt und über längere Zeit die Erfahrung machen, dass sie ihre Gegner nicht endgültig auszuschalten vermögen, ist es denkbar, dass sie den Nutzen demokratischer Spielregeln erkennen, sich in Form eines "Elitenpakts" darauf einigen und im Laufe der Zeit daran gewöhnen, so dass diese Regeln von keinem relevanten Akteur mehr in Frage gestellt werden.² Dabei ist eine demokratische Wertbindung der beteiligten Akteure zunächst weder zwingend noch nötig. Es reicht, wenn eigeninteressierte Politiker sich angesichts der Unmöglichkeit einer einseitigen Machtlösung auf eine für alle Rivalen lediglich "zweitbeste Lösung" einlassen: Den Bürgern wird in Form von Wahlen die Entscheidungskompetenz übertragen, in regelmäßigen Abständen den Machtkampf der Eliten neu zu entscheiden.

Das Zustandekommen solcher Kompromisse ist demnach kontingent: Sie können entstehen, müssen es aber nicht, denn sie setzen erhebliche Entscheidungs- und Handlungsautonomie der Akteure voraus und werden durch unkontrollierbare Eigendynamiken geprägt. Die Gründung einer Demokratie erscheint daher als Prozess, der immer wieder scheitern, abgebrochen oder erneut aufgenommen werden kann. Es bedarf eines längeren Zeitraums der Habitualisierung, bis sich alle relevanten Akteure an die Gültigkeit der vereinbarten Regeln des politischen Spiels gewöhnt haben und die Demokratie als konsolidiert angesehen werden kann. Der Erfolg eines solchen Prozesses lässt sich daher vorab nicht prognostizieren.

Die jüngere politische Geschichte der Ukraine illustriert die Chancen, aber auch die Unsicherheiten und Risiken einer Demokratisierung durch Elitenpakte eindrücklich. Über zwei Jahrzehnte hinweg sind hier die Regeln des politischen Spiels immer wieder verhandelt, neu vereinbart und abermals aufgekündigt worden. Ebenso exemplarisch hierfür wie zentral war der Verlauf des konstitutionellen Prozesses, genauer: die konkrete Ausgestaltung der Kompetenzen von Präsident und Parlament. Immer dann, wenn sich die Position einer Elitengruppe im politischen Machtgefüge oder ihr Zeithorizont änderte, änderte sich auch ihre bevorzugte institutionelle Lösung; oft schien ihr nun genau jenes Arrangement attraktiv, das sie in der vorangegangenen Phase vehement abgelehnt hatte. Der konstitutionelle Prozess erwies sich deshalb immer wieder als Nullsummenspiel. Wechselnde Gruppen gingen temporäre Allianzen ein, um ihre jeweiligen Positionen formal abzusichern und nutzten die vorhandenen Regeln, um ihre faktische Macht zu erweitern.⁴

Sofort nach seiner Wahl 1994 versuchte Präsident Leonid Kučma, seine Kompetenzen auszuweiten. Gegen den heftigen Widerstand der meisten Fraktionen im Parlament setzte er mit dem Verfassungsvertrag vom Juni 1995 und der Verfassung von 1996 eine präsident-parlamentarische, "fast präsidentielle" Variante des Semipräsidentialismus durch. Der Präsident erhielt so bedeutsame Kompetenzen wie das Recht, per Ukaz eigenständig gesetzgeberisch tätig zu werden, sein Veto gegen Parlamentsbeschlüsse einzulegen und die Rada unter bestimmten Bedingungen aufzulösen. Vor allem aber wurde die Regierung der Kontrolle beider Institutionen unterstellt. Der Präsident ernannte sie mit Zustimmung des Parlaments, sie konnte aber sowohl von diesem mit einem Misstrauensvotum gestürzt wie von jenem einseitig entlassen werden.

Schnell zeigte sich jedoch, dass Kučma die Regierung faktisch einseitig kontrollierte. Nach seiner Wiederwahl 1999 initiierte er eine Verfassungsreform, um seine Kompetenzen gegenüber dem Parlament weiter auszubauen. Sie wurde in einem Referendum (2000) bestätigt, scheiterte allerdings im weiteren Gesetzgebungsprozess: Zwar stimmten in der ersten parlamentarischen Lesung Kommunisten und Sozialisten dagegen. Aber nicht nur von Oligarchen kontrollierte Fraktionen, die Kučma loyal waren, unterstützten die Reform, sondern auch große Teile der national-demokratischen und liberalen Opposition, weil sie die Entlassung der Regierung unter Ministerpräsi-

Thomas Carothers: The End of the Transition Paradigm, in: Journal of Democracy, 1/2002, S. 5–21, hier S. 10. – Lucan A. Way: Authoritarian State Building and the Sources of Regime Competitiveness in the Fourth Wave: The Cases of Belarus, Moldova, Russia, and Ukraine, in: World Politics, 57/2005, S. 231–261, hier S. 232.

² Dankwart Rustow: Transitions to Democracy: Toward a Dynamic Model, in: Comparative Politics, 3/1970, S. 337–363. – Terry L. Karl, Philippe C. Schmitter: Modes of Transition in Southern and Eastern Europe, Southern and Central America, in: International Social Science Journal, 43/1991, S. 269–284. – Adam Przeworski: Democracy and the Market. New York 1991, Kap. 2.

Juan Linz, Alfred Stepan: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Baltimore 1996, S. 3–7.

⁴ Serhiy Kudelia: If Tomorrow Comes: Power Balance and Time Horizons in Ukraine's Constitutional Politics, in: Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization, 2/2013, S. 151–178. – Henry E. Hale: Formal Constitutions in Informal Politics: Institutions and Democratization in Post-Soviet Eurasia, in: World Politics, 4/2011, S. 581–617. – Serhiy Kudelia: Revolutionary Bargain: The Unmaking of Ukraine's Autocracy through Pacting, in: The Journal of Communist Studies and Transition Politics, 1/2007, S. 77–100.

dent Viktor Juščenko oder die Auflösung des Parlaments verhindern wollten. Bereits wenige Monate später, als der Mord an dem Journalisten Heorhij Gongadze eine schwere politische Krise auslöste ("Kučmagate") und das erste Mal zu Massendemonstrationen auf dem Majdan führte, formierte sich eine neue Allianz: In der zweiten Lesung brachten die linke und die demokratisch-liberale Opposition die Reform gemeinsam zu Fall.

Ende 2002 initiierte Kučma, dessen zweite Amtszeit sich ihrem Ende näherte, eine andere Reform. Weil er nicht sicher war, das Amt an einen geeigneten Nachfolger übergeben zu können, versuchte er nun, Regierung und Parlament gegenüber dem Präsidenten zu stärken. Im Sommer 2003 ging er ein Bündnis mit der linken Opposition ein. Widerstand kam dieses Mal aus den Fraktionen, die sich noch wenige Monate zuvor für ein parlamentarisches Regierungssystem ausgesprochen hatten. Angesichts der inzwischen geringen Popularität des scheidenden Präsidenten und der lediglich halbherzigen Unterstützung für den designierten Nachfolger Viktor Janukovyč stiegen ihre Aussichten auf einen Machtwechsel, wenn sie sich verbündeten. Kučmas Verfassungsentwurf scheiterte im April 2004 knapp in der zweiten parlamentarischen Lesung; Da Meinungsumfragen zeigten, dass Viktor Juščenko auf einen Sieg bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl hoffen konnte und Julija Tymošenkos Chance auf die Position der Premierministerin davon abhing, ob der Präsident das Recht behielt, die Regierung zu nominieren, waren deren Fraktionen sich einig. Hinzu kam, dass Juščenko erfolgreich um Anhänger im propräsidentiellen Lager werben konnte, das in Erwartung der Wahl an Geschlossenheit verloren hatte.

Die Orange Revolution, die aus Protest gegen die gefälschten Wahlergebnisse ausbrach, zwang die beiden politischen Lager zu einem Kompromiss, um Blutvergießen zu verhindern. Janukovyč erklärte Kučmas Verfassungsentwurf vom Frühjahr 2004 zur unverhandelbaren Bedingung. Unter internationaler Vermittlung, darunter von Repräsentanten der EU, stimmte Juščenkos - nicht aber Tymošenkos - Parlamentsfraktion am 8. Dezember 2004 dem Verfassungskompromiss nach einigem Zögern zu; der Preis für die sofortige Wiederholung der zweiten Wahlrunde und damit die Aussicht auf einen Wahlsieg Juščenkos bestand in der künftigen Verringerung seiner Kompetenzen als Präsident. Die neue Verfassung trat im Jahre 2006 in Kraft. Sie stellte das Regierungssystem auf eine premier-präsidentielle, "fast parlamentarische" Variante des Semipräsidentialismus um: Die Veto- und Ukaz-Rechte des Präsidenten wurden eingeschränkt. Der Premierminister und sein Kabinett hingen in ihrer Existenz nunmehr ausschließlich vom Parlament ab und konnten vom Präsidenten nicht mehr abberufen werden. Die Regierung hatte jetzt anlässlich der Konstituierung einer neu gewählten Rada zurückzutreten, aber nicht mehr aufgrund des Amtsantritts eines neuen Präsidenten.

Bekanntlich zerbrach die Orange Regierungskoalition schnell. Dies leitete eine neue Runde der Auseinandersetzungen um die Verfassung ein. Während Präsident Juščenko einen eigenen Entwurf einbrachte, um seine Kompetenzen auszubauen, verhandelte Premierministerin Tymošenko über ein Jahr lang ein gemeinsames Projekt mit Janukovyč, dem Verlierer der Orangen Revolution, der in der Rada die Fraktion der *Partei der Regionen* führte. Nachdem dieser aber 2010 Präsident geworden war, rückte er von der Verfassung von 2004 ab, die er seinerzeit eingefordert hatte. Das Verfassungsgericht assistierte ihm, widerrief das eigene Urteil aus dem Jahre 2008 und setzte die Verfassung von 1996 wieder ein. In den nächsten Jahren brachte der Präsident mehrere Gesetze durch das Parlament, die seine politische Dominanz weiter ausbauten.

In der Zusammenschau zeigt sich, dass die Verfassungen von 1996 und 2004 auf expliziten Elitenpakten im Sinne der Transitionstheorie beruhten, von denen aber keine die Qualität eines "Gründungskonsenses" über demokratische Spielregeln annahm. Zum einen gerieten neue Regeln immer wieder unter Veränderungsdruck, bevor ihre Anwendung zur Routine wurde. Zum anderen waren alle Beteiligten unter Umständen bereit, Regeln zu brechen und dabei auch zu außerparlamentarischen, darunter revolutionären und durch die Verfassung nicht gedeckten, Mitteln zu greifen. Ihr Regelverständnis ist bis heute instrumentell geblieben, wie etwa die turbulente Absetzung von Janukovyč Ende Februar 2014 gezeigt hat.

In institutionentheoretischer Sicht ergeben sich aus dem widersprüchlichen Verlauf des zwanzigjährigen Verfassungsprozesses weitere Schlussfolgerungen: Erstens signalisiert allein der Umstand, dass die Regeln des politischen Spiels so hart umkämpft sind, für wie wichtig die zentralen politischen Akteure sie halten. Zweitens beeinflusst das jeweilige Verfassungsdesign die Erwartungen der rivalisierenden Elitengruppen, damit auch ihre Kooperations- und Koalitionsstrategien und schließlich sogar die Strukturen ihres Wettbewerbs: Im "fast präsidentiellen" Regierungssystem von 1996 und nach 2010 war die politische Macht beim Präsidenten konzentriert. Das bot starke Anreize für andere Elitengruppen, ihn zu unterstützen, solange er fest im Sattel saß. Das politische System erschien in diesen Phasen als zunehmend autoritär, weil sich die propräsidentielle Koalition als dominante und hinreichend kohärente Gruppe gegenüber einer fragmentierten Opposition durchsetzen konnte, deren einzelne Bestandteile strategisch neue Bündnisse eingingen oder wieder auflösten. Das "fast parlamentarische" Regierungssystem von 2004 bis 2010 hingegen sah zwei politische Schlüsselinstitutionen vor - den Präsidenten und den Premierminister. Es schuf demnach alternative Gravitationszentren der Macht. Die rivalisierenden Eliten gruppierten sich um eines dieser Zentren oder spielten sie gegeneinander aus. Sie schlossen wechselnde Allianzen über politisch-programmatische Grenzen hinweg. Der politische Wettbewerb erschien daher als relativ offen und demokratisch.5

Nationale Identitäten, regionale Kulturen und die Einheit der Ukraine

Ein zweites Theorem der vergleichenden Demokratisierungsforschung, das für die Interpretation der ukrainischen Entwicklungen bedeutungsvoll ist, speist sich aus den Systemwechseln in Ostmittel- und Osteuropa in den frühen 1990er Jahren. Es ist als "Dilemma der Gleichzeitigkeit" bekannt geworden und postuliert, dass sich simultan verlaufende Prozesse der Demokratisierung, der Einführung marktwirtschaftlicher Reformen und der Bildung von Nationalstaaten wechselseitig blockieren können, weil sie auf unterschiedlichen Voraussetzungen beruhen und gegenläufigen Logiken folgen.⁶ Im vorliegenden Fall ist der Zusammenhang zwischen Demokratie und Nationalstaatlichkeit besonders relevant.

Die Entscheidung darüber, wer der Aktivbürgerschaft angehört und wo die Grenzen des nationalen Gemeinwesens verlaufen, bildet die Voraussetzung dafür, dass politische Regeln überhaupt sinnvoll definiert werden können. Territoriale Integrität und eindeutige

Hale, Formal Constitutions [Fn. 4].

Claus Offe: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: Merkur, 4/1991, S. 279–292. – Linz, Stepan, Problems [Fn. 3], S. 16–37. – Rustow, Transitions [Fn. 2], S. 350–351.

Regelungen der Staatsbürgerschaft konstituieren Nationalstaatlichkeit, die ihrerseits die strukturelle Vorbedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung darstellt: Über politische Spielregeln lässt sich nur verhandeln, Regierungen können nur wechseln und Politikinhalte sich ändern, wenn die Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft weder von den Eliten noch von der Bevölkerung angezweifelt wird. Die Logiken von Demokratisierung und Nationalstaatsbildung können aber miteinander in Konflikt geraten. Der Nationalismus, also die Normvorstellung einer Kongruenz von Ethnizität und Staatlichkeit, ist zwar der traditionelle Weg, um den *Demos* zu definieren. In multiethnischen Staaten schließt er aber (womöglich große) Teile der Bevölkerung zwangsläufig aus. Das jedoch kollidiert mit dem universalistischen Anspruch der Demokratie.

Auch die Ukraine stand, wie alle anderen postsowjetischen Staaten, nach dem Kollaps der Sowjetunion vor der Frage, wie Demokratie im Rahmen eines multiethnischen Nationalstaats zu definieren sei. Das Spektrum der Optionen reichte von einer "ethnischen Demokratie" (wie in Estland und Lettland), welche die große russische Minderheit aus der Politik zunächst exkludierte, bis zu einem inklusiven Staatsbürgerschaftsrecht, das die multiplen ethnischen, sprachlichen und regionalen Identitäten aller Bürger integriert. In rechtlicher Hinsicht wählte die Ukraine die zweite Variante, die Frage nach einer gemeinsamen nationalen Identität ist aber bis heute nicht abschließend beantwortet.

Bisher hat sich kein Konzept einer Staatsnation herausgebildet, das von allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen akzeptiert wird, wohl aber eine ganze Reihe mehr oder weniger vager, instabiler und überlappender Identitätsangebote.⁷ In der allgemeinen Wahrnehmung werden sie meist vereinfacht zu zwei konkurrierenden Entwürfen gebündelt. Wiewohl man einen Antagonismus aus "ethnisch-ukrainischer" und "imperial-russischer" Identität konstruieren könnte, verlangt eine realistische Interpretation größere Differenzierung: Neben der "ukrainischen", ethno-linguistisch basierten, generell weitgehend "staatsbürgerschaftlichen" Identität, welche der Tradition der europäischen Staatsnationen folgt, findet sich eine "ostslawische", "kleinrussische" Identität. Im Rahmen dieses Identitätsangebots spielen die Integrationserfahrungen des Russischen Reichs und der Sowjetunion eine große Rolle, ukrainische und russische ethnische Zugehörigkeiten werden nicht als unvereinbare Alternativen wahrgenommen, und beide Völker und Länder erscheinen als kulturell-historisch verwandt.⁸

Das Referendum über die Unabhängigkeit der Ukraine im Dezember 1991, in dessen Ergebnis der Zerfall der Sowjetunion endgültig besiegelt wurde, brachte mit einer Zustimmung von 92,3 Prozent einen breiten und eindeutigen Gründungskonsens zur Ukraine als souveräner Nationalstaat. Diese Zustimmung war mit beiden Identitätsangeboten kompatibel und mehrheitlich wohl nicht ethnonationalistisch aufgeladen. Davon zeugt das Ergebnis der gleichzeitigen Wahl des Präsidenten. Der nationalistische

Kandidat Vjačeslav Čornovil blieb mit 23 Prozent deutlich hinter Leonid Kravčuk zurück, der 60 Prozent der Stimmen erhielt.¹⁰

Noch komplexer wird das Bild, berücksichtigt man, dass sich die unterschiedlichen Vorstellungen über die nationale Identität mit einer Vielzahl subnationaler Identitäten üherlagern, welche durch die sprachlichen, kulturell-historischen und religiösen, ökonomischen und demographischen Eigenheiten der ukrainischen Regionen geprägt sind. Dies spiegelt sich auch in der Herausbildung regionaler politischer Kulturen wider, also in politikrelevanten Werten und Einstellungen. In der Forschung sind die Zahl der Regionen und die Stärke des Regionaleffekts umstritten. Während einige Autoren lediglich zwischen der West- und der Ostukraine unterscheiden, identifizieren andere eine größere Anzahl regionaler politischer Kulturen. Vertritt man die These der "zwei Ukrainen", koppelt man die Verbreitung der beiden nationalen Identitätsangebote zwangsläufig an geographische Räume, was nicht ganz falsch, aber äußerst ungenau ist. Statistisch lässt sich tatsächlich nachweisen, dass die ukrainischnationale Identität mit liberalen ökonomischen und demokratischen Werten verknüpft ist und ein Zusammenhang zwischen ethnischer Zugehörigkeit und politischer Unterstützung der Regierung, dem Verhältnis zur Orangen Revolution und dem Wahlverhalten bei Präsidentschaftswahlen besteht. Während Letztere das Land häufig entlang einer Ost-West-Spaltungslinie teilen, tritt bei Parlamentswahlen eine dritte Großregion, die Zentralukraine, hervor. Zerlegt man diese "Superregionen" jedoch weiter in vier oder acht kleinere Regionen, dann verschwinden die Effekte der nationalen Identität. Dagegen tritt die hohe Komplexität regionaler Identitäten, die sich in unterschiedlichen, relativ stabilen regionalen Mustern der öffentlichen Meinung sowie des Abstimmungsverhaltens bei nationalen (kaum aber bei regionalen) Wahlen abbilden, deutlich hervor. Als entscheidender Bestimmungsfaktor des Wählerverhaltens erweist sich nicht die ethnische Zugehörigkeit, sondern der Wohnort.¹²

Den strukturellen Hintergrund der vielfältigen nationalen und regionalen politischen Identitäten der Ukraine bilden ihre kulturell-historischen, ökonomischen und demographischen Spaltungen. Deren Diversität verlangt nach angemessenen institutionellen Lösungen, was Fragen nach einer Dezentralisierung oder Föderalisierung des Staates sowie nach einer geeigneten Sprachen- und Minderheitenpolitik aufwirft. Besonders

Andrew Wilson: Elements of a Theory of Ukrainian Ethno-National Identities, in: Nations and Nationalism, 17/2002, S. 31–54. – Karina V. Korostelina: Mapping National Identity Narratives in Ukraine, in: Nationalities Papers, 2/2013, S. 293–315.

Stephen Shulman: National Identity and Public Support for Political and Economic Reform in Ukraine, in: Slavic Review, 1/2005, S. 59–87. – Mykola Riabchuk: Ukraine's "Muddling Through": National Identity and Postcommunist Transition, in: Communist and Postcommunist Studies, 3–4/2012, S. 439–446.

⁹ In den meisten Regionen des Landes stimmten über 90 Prozent für die Unabhängigkeit; auch die niedrigeren Werte in Donec'k und Luhans'k lagen bei eindrucksvollen 83 Prozent. Lediglich auf der Krim votierte mit 54 Prozent nur eine knappe Mehrheit der Bürger für den Austritt aus der Sowjetunion, Die nationale Wahlbeteiligung lag bei über 84 Prozent.

Henry E. Hale: The Foundations of Ethnic Politics: Separatism of States and Nations in Eurasia and the World. Cambridge, New York 2008, Kap. 7.

Shulman, National Identity [Fn. 8]. – Taras Kuzio: Nationalism, Identity and Civil Society in Ukraine: Understanding the Orange Revolution, in: Communist and Post-Communist Studies, 3/2010, S. 285–296. – Lowell Barrington, Erik Herron: One Ukraine or Many? Regionalism in Ukraine and its Political Consequences, in: Nationalities Papers, 1/2004, S. 53–86.

Andrew Wilson, Sarah Birch: Voting Stability, Political Gridlock: Ukraine's 1998 Parliamentary Elections, in: Europe-Asia Studies, 6/1999, S. 1039–1068. – Barrington, Herron, One Ukraine [Fn. 11]. – Kerstin Zimmer, Olexiy Haran: Unfriendly Takeover: Successor Parties in Ukraine, in: Communist and Post-Communist Studies, 4/2008, S. 541–561. – Paul Kubicek: Regional Polarisation in Ukraine: Public Opinion, Voting and Legislative Behaviour, in: Europe-Asia Studies, 2/2000, S. 273–294. – Keith Darden: Colonial Legacies, Party Machines and Enduring Regional Voting Patterns in Ukrainian National Elections. Paper Prepared for the Post-Communist Workshop. The George Washington University October 7, 2013, https://keithdarden.wordpress.com/?attachment id=272>.

Kataryna Wolczuk: Catching Up with "Europe"? Constitutional Debates on the Territorial-Administrative Model in Independent Ukraine, in: Regional and Federal Studies, 2/2012, S. 65–88. – Volha Charnysh: Analysis of Current Events: Identity Mobilization in Hybrid Regimes: Language in Ukrainian Politics, in: Nationalities Papers, 1/2013, S. 1–14.

in kritischen Zeiten, also in den ersten Jahren der nationalen Unabhängigkeit, im Kontext der Orangen Revolution und in den vergangenen Monaten, waren diese Regelungen Gegenstand hoch politisierter Auseinandersetzungen. Regionalistische Bestrebungen, die häufig von einer sezessionistischen Rhetorik begleitet werden, äußerten sich dabei immer wieder insbesondere auf der Krim, im Donbass und in Transkarpatien.¹⁴

Die Wirkungen des Pluralismus der Regionen sind ambivalent: Einerseits bilden sie die wesentliche strukturelle Grundlage auch für den ausgeprägten politischen Pluralismus, denn die meisten Elitengruppen, die auf nationaler Ebene miteinander konkurrieren, stützen sich auf eine "Stammregion".

Andererseits bremst diese Vielfalt nicht nur autoritäre Bestrebungen, sondern fördert auch die Fragmentierung des politischen Wettbewerbs und Verteilungskämpfe um zentralstaatliche Ressourcen, womit der Staat zum Gegenstand der Konkurrenz regionaler Interessengruppen wird. Der regional begründete Pluralismus lässt sich auch wahltaktisch ausbeuten. Dies zeigte sich seit den frühen 2000er Jahren immer deutlicher und führte zur Polarisierung der politischen Landschaft, als Werte und Identitäten von den politischen Parteien genutzt wurden, um ihre partikularen Interessen zu legitimieren. Insgesamt stellt die regionale Diversität der Ukraine daher keinen starken Demokratisierungsfaktor dar, sondern bleibt ineffektiv. Sie kann zudem, wenn sie politisch instrumentalisiert und sezessionistisch ausgedeutet wird, die nationalstaatliche Integration bedrohen. Unter solchen Bedingungen, die auch gegenwärtig anzutreffen sind, gewinnt die Frage, wer das Volk im Sinne des *Demos* ausmacht, aufs Neue höchste Brisanz.

Staatskapazität und politisch-ökonomische Elitennetzwerke

Charakteristisch für einen funktionsfähigen Nationalstaat ist nicht nur die unangefochtene Kongruenz von Nation und Territorium, sondern auch eine ausgeprägte Staatskapazität. Auch diese Dimension von Staatlichkeit, die oft mit einer rationalisierten Bürokratie im Sinne Max Webers assoziiert wird, gilt in der vergleichenden Forschung inzwischen als strukturelle Vorbedingung der erfolgreichen Demokratisierung. Ein effektiver Staat beansprucht zum einen die Souveränität in einem geographischen Raum. Er hat also das Gewalt-, Rechts- und Steuermonopol inne und sieht sich nicht durch Mafias, eine revoltierende Bevölkerung, Warlords oder andere Gewaltakteure bedroht. Zum anderen verfügt er über die infrastrukturelle Kapazität, politische Entscheidungen im gesamten Territorium durchzusetzen und öffentliche Güter bereitzustellen. Aus dieser Einsicht lässt sich ein drittes Argument zur Deutung der Vorgänge in der Ukraine entwickeln.

Als Nachfolgestaat der Sowjetunion hat auch die Ukraine das Erbe der Sowjetunion angetreten, das durch eine korrupte und ineffiziente Bürokratie, Schattenwirtschaft, die Unterwanderung formaler Institutionen durch informelle, klientelistische Praktiken und weitere Funktionsdefizite geprägt ist. Der Systemwechsel der frühen 1990er Jahre war von weitgehendem Staatsversagen bei der Steuerung der Wirtschaftsreformen, der Rechtsdurchsetzung und der Sicherung elementarer Sozialleistungen, von Korruption sowie vom Aufstieg mächtiger, mit der Politik eng verbundener wirtschaftlicher Interessengruppen begleitet. Die postsowjetischen Staaten gelten deshalb als "neopatrimonial", weil sich rational-legale und informelle, personalisierte Institutionen und Praktiken hier systemisch überlagern.¹⁶

Der Staat kann demnach nicht als kohärenter, weitgehend autonomer Akteur vorausgesetzt werden. Vielmehr steht er aufgrund seiner Ressourcen im Mittelpunkt eines erbitterten Wettbewerbs rivalisierender Elitengruppen, die nicht nur aus Parteien und Politikern bestehen, sondern auch Unternehmer, regionale politisch-ökonomische Netzwerke und kriminelle Organisationen umfassen. Deren Kampf um die Verfügungsgewalt über staatliche Ressourcen folgt nicht zwangsläufig Regeln, wie sie etwa die Verfassung festschreibt, sondern häufig informellen Regeln und Praktiken, welche die formalen Institutionen unterlaufen, in ihrer Wirkung modifizieren oder außer Kraft setzen.¹⁷



Staatsversagen bei der Sicherung elementarer Sozialleistungen: Zwei von vielen Oldtimern und Limousinen aus Janukovyčs Fuhrpark in seiner einstigen Residenz Mežigor'e

¹⁴ Gwendolyn Sasse: The "New" Ukraine: A State of Regions, in: Regional and Federal Studies, 3/2001, S. 69–100. – Ararat L. Osipian, Alexandr L. Osipian: Why Donbass Votes for Yanukovych: Confronting the Ukrainian Orange Revolution, in: Demokratizatsiya, 4/2006, S. 495–517. – Tetyana Malyarenko, David J. Galbreath: Crimea: Competing Self-Determination Movements and the Politics at the Centre, in: Europe-Asia Studies, 5/2013, S. 912–928.

Anna Grzymala-Busse, Pauline Jones Luong: Reconceptualizing the State: Lessons from Post-Communism, in: Politics and Society, 4/2002, S. 529–554. – Hanna Bäck, Axel Hadenius: Democracy and State Capacity: Exploring a J-Shaped Relationship, in: Governance, 1/2008, S. 1–24, hier S. 3. – Jessica Fortin: Is There a Necessary Condition for Democracy? The Role of State Capacity in Postcommunist Countries, in: Comparative Political Studies, 7/2012, S. 903–930.

¹⁶ Henry E. Hale: Regime Cycles: Democracy, Autocracy, and Revolution in Post-Soviet Eurasia. World Politics, 58/2005, S. 133–165. – Marlene Laruelle: Discussing Neopatrimonialism and Patronal Presidentialism in the Central Asian Context, in: Demokratizatsiya, 4/2012, S. 301–324.

Grzymala-Busse, Luong, Reconceptualizing the State [Fn. 15].

Die schwache Staatskapazität äußert sich einerseits darin, dass Polizei und Armee in den vergangenen beiden Jahrzehnten wenig loyal und ineffektiv waren. ¹⁸ Das beeinträchtigte die Chancen der regierenden Eliten, Rivalen oder protestierende Massen gewaltsam zu bändigen, birgt aber auch das Risiko der staatlichen Desintegration, wie die aktuell geringe Durchsetzungsfähigkeit des Staates in den separatistischen Gebieten und die Desertion ganzer Polizei- und Militäreinheiten belegen. Zum anderen ist die Handlungsautonomie des Staates auch deshalb stark eingeschränkt, weil er nicht nur Gegenstand der Konkurrenz politischer Eliten im engeren Sinne ist, sondern auch von mit ihnen verflochtenen ökonomischen Interessengruppen. In der Regierung und im Parlament sowie in der öffentlichen Verwaltung operieren personelle Netzwerke, in denen Unternehmer entweder unmittelbar als politische Akteure tätig sind oder ihren Interessen durch den Tausch von staatlichen Privilegien gegen politische Unterstützung Geltung verschaffen. Politisch-ökonomische "Clans" prägen die nationale und regionale Politik maßgeblich.

Das Kräfteverhältnis zwischen staatlichen Akteuren und den Netzwerken der ukrainischen Wirtschaft hat sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten verändert, ihre Beziehungsformen haben sich ausdifferenziert. Die "Oligarchen", die wie in Russland in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre im Zuge der Privatisierung entstanden, sind in der Ukraine bisher nicht – wie ihre russischen Kollegen durch Putin – aus der Politik vertrieben worden. Vielmehr bleibt ihre Unterstützung für Politiker und Parteien zentral. Sie verfügen nicht nur über beträchtliche Vermögen, sondern auch über fast alle Fernsehsender und die wichtigsten Zeitungen²⁰ und üben meist auch unmittelbaren Einfluss auf die Wähler in der von ihnen dominierten Region aus. Sie sind häufig selbst als Politiker aktiv oder wechseln – wie Julija Tymošenko und Petro Porošenko – von der Wirtschaft in die Spitzenpolitik, lassen sich zu Gouverneuren ernennen und finanzieren Parteien.

Da die meisten Parteien sich kaum auf eine mobilisierbare Mitgliedschaft stützen können und es keine staatliche Finanzierung gibt, hängen sie in ihrer Existenz von den privaten Quellen ihres Führungspersonals und unmittelbar vom Engagement wirtschaftlicher Interessengruppen ab. ²¹ In Parteien wie Julija Tymošenkos Bat'kivščyna, Vitalij Klyčkos UDAR und Viktor Juščenkos – seit der Parlamentswahl 2012 politisch bedeutungslosen – Unsere Ukraine spielten und spielen mächtige Großunternehmer eine wichtige Rolle. Das eindrücklichste Beispiel dafür bietet die Partei der Regionen, deren Zentrum der "Donec'ker Clan" bildet. Es handelt sich dabei um ein Netzwerk, in das mehrere ökonomische Interessengruppen – darunter

Paul D'Anieri: Structural Constraints in Ukrainian Politics, in: East European Politics and Societies, 1/2011, S. 28–46, hier S. 37–38. der Oligarch Rinat Achmetov – und Politiker eingebunden sind. Mit Janukovyčs Aufstieg vom Gouverneur des Donec'ker Gebiets zum Premierminister (2002–2005) und schließlich zum Präsidenten (2010–2014) eroberte diese regionale Interessengruppe die nationale Arena. Abgesichert durch die wieder in Kraft gesetzte Verfassung von 1996 kontrollierte sie einige Jahre lang die Ressourcen des Zentralstaates und konnte damit Patronagepolitik für ihre Stammregion betreiben, also Transfers aus dem Staatshaushalt veranlassen, öffentliche Güter, wie etwa Arbeitsplätze und Vergünstigungen, gegen Wahlunterstützung tauschen und die Oligarchen der politischen Rivalen durch selektive Rechtsanwendung in den Bankrott treiben. Solange Janukovyč im Amt unbestritten war, erschien die *Partei der Regionen* als eine Organisation, die zunehmend Kohärenz als nationale Partei gewann. Das täuschte darüber hinweg, dass es sich um ein formalisiertes Netzwerk einer Reihe von politischen und ökonomischen Gruppen handelte, welche ein Zweckbündnis eingegangen waren, um die Kontrolle über den Staat und seine Ressourcen auszuüben.

Die Orange Revolution von 2004 hatte zunächst einen "Durchbruch zur Demokratie" erwarten lassen, der auch die politisch-ökonomischen Netzwerke der alten Eliten zerstören würde.²² Das geschah jedoch nicht. Das neopatrimoniale Grundmuster der ukrainischen Politik blieb vielmehr unangetastet, das Korruptionsniveau unverändert, die Staatskapazität schwach. Anders organisiert war aber in den nächsten Jahren die Struktur des Elitenwettbewerbs. Bevor es Janukovyč ab dem Jahre 2010 gelang, die Dominanz der Partei der Regionen durchzusetzen, kam es zu den beschriebenen instabilen Allianzen zwischen Parteien, die unterschiedlichen politischen Lagern angehörten und meist politisch-ökonomische Netzwerke formalisierten. Diese flexible Bündnispolitik wurde möglich und war für die Akteure politisch sinnvoll, weil die Verfassung 2004 die Verteilung der Macht des Staates auf zwei Institutionen, den Präsidenten und den Premierminister, festgeschrieben hatte. Das bewirkte eine größere Offenheit des intra-elitären Wettbewerbs, die demokratisch wirkte, Nicht zuletzt zeigte sich damit, dass formale Institutionen selbst unter den Bedingungen eines hochgradig informellen, klientelistisch organisierten politischen Wettbewerbs von enormer Bedeutung sein können.23

Parteien, Wähler und die Ost-West-Teilung der Ukraine

Die Spezifik der Nationalstaatsbildung und die hochgradige Verflechtung von Politik und Wirtschaft prägen auch die Inhalte und Organisationsstrukturen des parteipolitischen Wettbewerbs. Die Dynamik des Parteienwettbewerbs nach der Orangen Revolution bildet das vierte Element für eine Erklärung der aktuellen Ereignisse in der Ukraine.

Das ukrainische Parteiensystem ist bis heute pluralistischer als das jedes anderen postsowjetischen Landes, aber nach wie vor instabil und nur schwach institutionalisiert. Keine der Parteien gehört zum Typus der Massen- oder Volkspartei, der im Westen traditionell mit der Bezeichnung "Partei" assoziiert wird. Meist sind sie kurzlebig, während ihr jeweiliges Führungspersonal oft langjährig politisch aktiv ist, wechselnde

¹⁹ Serhiy Kudelia: The Sources of Continuity and Change of Ukraine's Incomplete State, in: Communist and Post-Communist Studies, 3–4/2012, S. 417–428. – Heiko Pleines: Demokratisierung ohne Oligarchen: Die Oligarchen in der ukrainischen Politik, in: OSTEUROPA, 2–4/2010, S. 123–134.

Natalya Ryabinska: The Media Market and Media Ownership in Post-Communist Ukraine: Impact on Media Independence and Pluralism, in: Problems of Post-Communism, 6/2011, S. 3–20.

Für Details: Max Bader, Andrey Meleshevich: UDAR: Charakterisierung einer neuen politischen Kraft, in: Ukraine-Analysen, 117/2013, S. 2–5. – Zimmer, Haran, Unfriendly Takeover [Fn. 12], S. 554–557. – Taras Kuzio: Yushchenko versus Tymoshenko: Why Ukraine's National Democrats are Divided, in: Demokratizatsiya, 2/2013, S. 215–240. – Taras Kuzio: Crime, Politics and Business in 1990s Ukraine, in: Communist and Post-Communist Studies 2014, http://dx.doi.org/10.1016/j.postcomstud.2014.04.011>.

²² Michael McFaul: Transitions from Postcommunism, in: Journal of Democracy, 3/2005, S. 5–19.

²³ Hale, Formal Constitutions [Fn. 4]. – Geir Flikke: Pacts, Parties and Elite Struggle: Ukraine's Troubled Post-Orange Transition, in: Europe-Asia Studies, 3/2008, S. 375–396.

Allianzen mit anderen Politikern eingeht und dabei auch immer wieder neue "Projekte" verfolgt.²⁴

In programmatischer Hinsicht sind die Parteien kaum profiliert, sieht man von den Kommunisten und der nationalistischen Svoboda ab. Ideologische Angebote entlang der für westeuropäische Länder noch immer typischen Links-Rechts-Achse sind nicht attraktiv. Die größeren Parteien gelten vielmehr als "zentristisch" und bekennen sich alle zu Demokratie, sozialer Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Rechten und Freiheiten. Der wesentliche Unterschied zwischen ihnen liegt in ihrem Verhältnis zur regierenden Elitengruppe und dem Präsidenten, ihrem Grad an interner Kohäsion und ihrer geographischen Verankerung in einer Region.

Die Ursachen für die programmatische Schwäche der Parteien sind zum einen in der geringen ideologischen Nachfrage durch die Wähler zu suchen, was für postsowjetische Regime insgesamt typisch ist. Zum anderen liegen sie in der klientelistischen Art der Bindungen, die Parteien zu den Wählern unterhalten. Sie verfügen nur über schwache nationale Organisationsstrukturen und agieren als regionale "politische Maschinen" finanziert durch die beschriebenen Verflechtungen mit Wirtschaftsakteuren oder auch durch den Zugriff auf staatliche Ressourcen. Demnach funktionieren sie nicht als Organisationen, die Interessen ihrer Wählerschaft aggregieren und in der nationalen Politik repräsentieren, sondern vollziehen in erster Linie einen Tausch von Wählerstimmen gegen Vergünstigungen, um bestimmten politisch-ökonomischen Interessengruppen den Zugang zur Politik zu sichern. Dies setzt unmittelbare Verbindungen zum Elektorat voraus, so dass viele Parteien als Konglomerate regionaler Netzwerke erscheinen oder über vereinzelte regionale Hochburgen verfügen.²⁵ So ist das westukrainische Galizien die Stammregion der Partei Svoboda, wo seit den frühen 1990er Jahren bereits mehrere radikal ethnonationalistische Parteien, aber auch die moderate nationaldemokratische Partei Unsere Ukraine von Juščenko ihren Ausgang nahmen.²⁶ Die Partei der Regionen galt als ausgeprägte Partei der Ostukraine. Bat'kivščyna wiederum schien als erste Partei im Land nationale Reichweite zu erlangen, als sie bei der Parlamentswahl 2007 nicht nur in vielen Gebieten des Westens, sondern auch in einigen Regionen des Ostens stärkste Partei wurde.²⁷

Inwieweit die regionalen Abstimmungsmuster, die sich bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zeigen, historisch-kulturell verankert sind und eine substantielle Ost-West-Spaltung der Ukraine anzeigen, ist keine triviale Frage. Es lässt sich aber durchaus zeigen, dass sie zumindest partiell nicht auf strukturelle Faktoren zurückzuführen sind, sondern sich auch dem Wirken von Parteien als "politische Maschinen"

verdanken, d.h. auf mehr oder weniger offenem Stimmenkauf beruhen. ²⁸ Das erklärt, warum eher der Wohnort als die Ethnizität das Wahlverhalten prägt. Auffällig ist, dass dieser Effekt insbesondere seit Ende der 1990er Jahre auftrat, also zu einem Zeitpunkt, als im Gefolge der postsozialistischen Wirtschaftsreformen regionale Großunternehmer entstanden waren, die begannen, in politische Parteien zu investieren und politisch-ökonomische Netzwerke knüpften.

Gleichzeitig veränderte sich im Elektorat auch die Wahrnehmung der zur Wahl stehenden politischen Alternativen: Die Analyse der Parlamentswahl 1998 zeigte noch die für postsozialistische Parteiensysteme typische dominante Wettbewerbsachse, an deren Polen die Befürworter von Reformen und die Kommunisten als Gegner standen; eine damit verbundene, aber weniger wichtige zweite Wettbewerbsdimension betraf das Verhältnis zu Russland. In den nächsten Jahren verloren die Kommunisten jedoch an Boden. Bei seiner Wiederwahl 1999 besiegte Präsident Kučma, der 1994 vor allem in der östlichen Ukraine gewählt worden war, seinen kommunistischen Gegenkandidaten in 22 der 25 Gebiete, mit besonders deutlichen Erfolgen ausgerechnet im Westen des Landes. Bei den Parlamentswahlen machte sich der Niedergang der Kommunistischen Partei ebenfalls bemerkbar. Während sie 1998 noch mit fast 25 Prozent der Stimmen als stärkste Partei in die Rada eingezogen war, erhielt sie 2002 knapp 20 Prozent und stürzte bei der Parlamentswahl 2006 auf unter vier Prozent ab; die Partei der Regionen hingegen wurde mit fast einem Drittel der Stimmen stärkste Partei. 29

Diese beiden Faktoren, also die Entstehung programmatisch schwacher, klientelistisch funktionierender "politischer Maschinen" sowie der Bedeutungsverlust der Wettbewerbsdimension "Kommunisten vs. Antikommunisten", wirkten zusammen, als sich in den frühen 2000er Jahren die heute so vertraute Vorstellung einer tiefen politischen Ost-West-Spaltung der Ukraine durchsetzte. Zwar hatte es zuvor in den westlichen Regionen der Ukraine mehr Unterstützung für Reformen gegeben als im Osten³⁰, aber nun wurde diese Spaltung identifiziert mit konkurrierenden Vergangenheitsdeutungen,³¹ einer alternativen geostrategischen Ausrichtung auf die EU oder Russland und mit den beiden nationalen Identitätsangeboten.

Die Konfrontation zwischen dem "Blauen" und dem "Orangen" Lager wurde um das Jahr 2004 zur dominanten Interpretation des Parteienwettbewerbs, und sie prägt seitdem die Wahrnehmung der Ukraine in den Augen nicht nur westlicher, sondern auch einheimischer Beobachter. Dies ist unter anderem deshalb bemerkenswert, weil die Orange Koalition ausgesprochen fragil war und schnell zerfiel. Die reale Politik war zwischen 2004 und 2010 weitaus pluralistischer als davor und danach. Vor diesem Hintergrund erscheint die aktuell so brisante Ost-West-Spaltung der Ukraine zumindest partiell als Ergebnis einer wahl- und koalitionstaktischen Manipulation durch die beteiligten Akteure, welche die klientelistische Substanz ihres Wettbewerbs politisch zu legitimieren versuchten. Die fehlende programmatische Ausrichtung der Parteien(bündnisse) wurde durch (super-)regionale Identitätsbilder und politische Richtungsentscheidungen substituiert. Die Eliten spielten dabei bewusst mit dem Span-

²⁴ Max Bader, Andrey Meleshevich: Die politischen Parteien der Ukraine vor den Parlamentswahlen, in: Ukraine-Analysen, 102/2012, S. 2–5. – Olena Rybiy: Party System Institutionalization in Ukraine, in: Demokratizatsiya, 3/2013, S. 401–423.

Valentyna Romanova: Regional Elections in Ukraine in 2006 and 2010, in: Perspectives on European Politics and Society, 1/2013, S. 36–62. – D'Anieri, Structural Constraints [Fn. 18], S. 31.

Anton Shekhovtsov: From Para-Militarism to Radical Right-Wing Populism: The Rise of the Ukrainian Far-Right Party Svoboda, in: Ruth Wodak, Majid KhosraviNik and Brigitte Mral (Hg.): Right-Wing Populism in Europe: Politics and Discourse. London 2013, S. 253–255. – Alina Polyakova: From the Provinces to the Parliament: How the Ukrainian Radical Right Mobilized in Galicia, in: Communist and Post-Communist Studies 2014, http://dx.doi.org/10.1016/j.postcomstud.2014.04.012.

Melvin Hinich, Valerii Khmelko, Marianna Klochko, Peter C. Ordeshook: A Coalition Lost, Then Found: A Spatial Analysis of Ukraine's 2006 and 2007 Parliamentary Elections, in: Post-Soviet Affairs, 1/2008, S. 63–96, hier S. 65.

²⁸ Wilson, Birch, Voting Stability [Fn. 12], S. 1055. – Darden, Colonial Legacies [Fn. 12].

²⁹ Zimmer, Haran, Unfriendly Takeover [Fn. 12], S. 549–550. – Hinich, A Coalition Lost [Fn. 27].

³⁰ Hinich, A Coalition Lost [Fn. 27].

³¹ Ararat L. Osipian, Alexandr L. Osipian: Regional Diversity and Divided Memories in Ukraine: Contested Past as Electoral Resource, 2004–2010, in: East European Politics & Societies, 3/2012, S. 616–642.

nungspotential, das einem solchen framing des Parteienwettbewerbs innewohnt, weil es geeignet ist, Wähler zu mobilisieren.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Dimensionen geschwächter Staatlichkeit – im Sinne sowohl der nationalen Einheit als auch der Staatskapazität – erscheinen Klientelismus und Regionalismus als kontextangepasste Strategien der Parteien, um ihre programmatische und organisatorische Schwäche zu kompensieren. Gleichzeitig bedeutet der Erfolg dieser Strategien zum einen eine erhebliche Belastung der Demokratisierung: Als auf ihre Führer und deren Netzwerke fokussierte "politische Gefolgschaften" bilden die Parteien die strukturelle Unterfütterung der Auseinandersetzungen zwischen fragmentierten Eliten um die politischen Spielregeln. Sie verleihen diesen "Clans" ein öffentlich sichtbares Etikett, ohne sie jedoch als zentrale Akteure der Demokratie legitimieren zu können. Zum anderen verschärft der klientelistische und regionalistische Charakter der Parteien die zentrifugale Dynamik des politischen Wettbewerbs, welche die Konsolidierung der Ukraine als Nationalstaat belastet.

Die klientelistischen Formen, in welcher die Elitenkonkurrenz organisiert ist, konterkarieren damit die demokratiebegründende Funktion des Wettbewerbs um politische Macht. Das untergräbt die Staatlichkeit und beutet das zentrifugale Potential von innenpolitischen Spaltungen in der genuin demokratischen Arena von Wahlen aus. Es ist kaum übertrieben, darin ein Spiel mit dem Feuer zu sehen, dem alle Gruppen der ukrainischen Elite seit längerer Zeit – insbesondere nach der Orangen Revolution – nachgegangen sind.

Majdan 2004 und Euromajdan 2014 im Vergleich

Schließlich fehlt noch ein letzter Baustein zur Erklärung der innenpolitischen Ursachen der Krise: Was bedeuten der Euromajdan in Kiew und der Separatismus in der Ostukraine? So unterschiedlich beide Phänomene ihren politischen Inhalten nach sind, weisen sie doch auch Gemeinsamkeiten auf: Beide sind Formen der Mobilisierung von Akteuren, die nicht der nationalen politischen Elite angehören – weder den "alten" Eliten um Janukovyč, noch den "neuen" Gruppen, welche die Interimsregierung bilden. Beide hängen mit dem Problem der beschädigten ukrainischen Staatlichkeit zusammen, auf die sie mit ihrer Mobilisierung reagieren und die sie gleichzeitig sowohl sichtbar gemacht als auch vertieft haben. Beide zeigen an, dass den nationalen Eliten das politische Spiel zumindest temporär entglitten ist.

Die eingangs zitierte Transitionstheorie ist von Beobachtern des Zusammenbruchs staatssozialistischer Regime vielfach für ihren elitenzentrierten Problemzugriff kritisiert worden. Wichtiger als institutionalisierte Formen der Konkurrenz wie etwa Verhandlungen, Pakte und Wahlen seien nichtinstitutionalisierte Formen "friedlicher Revolutionen" gewesen, wie die Erfahrung von 1989 zeige. Neue Nahrung erhielt diese Perspektive durch die "Bunten Revolutionen", die ein Jahrzehnt später in einigen postsozialistischen Staaten stattfanden. Typisch für sie ist eine affirmative Sicht auf die Mobilisierung von Massen, als deren Bestandteil auch die Führer der Opposition angesehen werden. Demokratisch gesinnte Akteure der Zivilgesellschaft treten autoritären Amtsinhabern demnach selbstbewusst und mit friedlichen, gleichwohl revoluti-

onären Mitteln entgegen und erzwingen einen "demokratischen Durchbruch".³² Beiden Ansätzen gegenüber aufgeschlossen zeigen sich die Vertreter einer dritten Argumentation, die Demokratisierung als Zusammenspiel von Elitenverhandlungen und Massenprotesten verstehen. Revolutionen und Pakte müssen sich danach nicht ausschließen.³³ Tatsächlich bestätigt das ukrainische Beispiel diese These, weil sich damit der entscheidende Unterschied zwischen dem "Majdan 2004" und dem "Euromajdan 2013/2014" herausfinden lässt.

Die Orange Revolution 2004 gilt bis heute als massenhafter Protest von Bürgern, welche mit unkonstitutionellen Mitteln der "Straße" die Einhaltung der wichtigsten, konstitutionell verbrieften Regel einer Demokratie - die Bestellung der Regierenden durch freie und faire Wahlen - gewaltfrei durchgesetzt haben. Sie lässt sich aber auch als längerfristige politische Interaktion zwischen unzufriedenen Bürgern und Elitengruppen, die sich auf einen Machtwechsel vorbereiteten, interpretieren. Von Mitte Dezember 2000 bis Anfang 2001 fanden auf dem Kiewer Majdan erste große Massendemonstrationen gegen den amtierenden Präsidenten statt, die auch in die Regionen ausstrahlten. Auslöser war der "Kučmagate"-Skandal. Zwar löste das Regime die Demonstrationen gewaltsam auf, doch stellte dieser Protest einen ersten Zusammenschluss oppositioneller Gruppen dar, deren Spektrum von der extremen Rechten bis zur Linken reichte. An diesen Protesten nahmen bereits etliche der Personen teil, die vierzehn Jahre später, im Frühjahr 2014, Posten in der Interimsregierung einnehmen oder am 25. Mai 2014 gar um die Präsidentschaft kandidieren sollten. Diese oppositionelle Elitenkoalition organisierte eine zweite Protestwelle von September 2002 bis März 2003. Sie verlangte damals die vorgezogene Wahl eines neuen Präsidenten, verebbte aber von selbst. Erst der dritte Anlauf führte im Spätherbst 2004 zur Orangen Revolution. Die Opposition hatte sich wochenlang logistisch vorbereitet, weil sie nach dem ersten Wahlgang der regulären Präsidentschaftswahl erhebliche Manipulationen bei der Stichwahl erwartete. Die Massenproteste waren erfolgreich, weil sie ein klares, erreichbares Ziel verfolgten und von der oppositionellen Elitenkoalition als Ressource gegen die ohnehin geschwächte regierende Gruppe eingesetzt werden konnten, die ihrerseits auf Repressionen verzichtete. Mit dem Kompromiss vom 8. Dezember 2004 einigten sich die Eliten auf eine schnelle Auflösung der Situation: Bis zur Wiederholung des entscheidenden Wahlgangs vergingen keine drei Wochen. Da Juščenko, der Führer der revolutionären Koalition, diese Wahl gewann, hatte auch der Majdan gesiegt und demobilisierte sich selbständig.34

Nach den vorliegenden Informationen ist der "Euromajdan 2013/14" anders. Dabei geht es nicht primär um die Frage, welche politischen Einstellungen unter den Protestierenden dominierten – auch der demokratische Grundkonsens der Orangen Revolutionäre hat sich inzwischen als Mythos herausgestellt.³⁵ Wichtiger ist, dass er spontan entstan-

³² Literaturverweise und eine Analyse der theoretischen Kontroverse finden sich bei Petra Stykow: "Bunte Revolutionen" – Durchbruch zur Demokratie oder Modus der autoritären Systemreproduktion? In: Politische Vierteljahresschrift, 1/2010, 137–162.

³³ John K. Glenn: Contentious Politics and Democratization: Comparing the Impact of Social Movements on the Fall of Communism in Eastern Europe, in: Political Studies, 51/2003, S. 103–120.

⁴ Kudelia, Revolutionary Bargain [Fn. 4].

Mark R. Beissinger: The Semblance of Democratic Revolution: Coalitions in Ukraine's Orange Revolution, in: American Political Science Review, 3/2013, S. 574–592.

den zu sein scheint und eigenständige Strukturen der Selbstverwaltung hervorgebracht hat. Zwar kam es auch zu Kontakten mit Vertretern der Regimeopposition, aber deren nationale Führer waren entweder nicht zu einem intra-elitären Bündnis bereit oder fähig, scheuten vor dem Majdan oder wurden von diesem nicht akzeptiert. Der Protest entzündete sich an der Absage von Präsident Janukovyč, das EU-Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen. Zunächst forderten die Protestierenden den Rücktritt Janukovyčs. Bald gingen sie weit über Personalfragen hinaus, indem sie sich gegen den korrupten, repressiven Staat und seine Eliten richteten. Diese Ziele waren breiter, aber auch vager formuliert als die der Orangen Revolution und schwerer zu realisieren als die Durchführung freier Wahlen. Es ging insofern weniger um die Beseitigung von Demokratiedefiziten als um eine grundsätzliche Kritik an ineffizienter Staatlichkeit.³⁶

Auf Seiten des Regimes erwiesen sich die frühe und unverhältnismäßige Repression gegen Majdan-Aktivisten sowie die Verabschiedung der "Diktaturgesetze" Mitte Januar 2014 als grobe Fehler. Der entscheidende und tragische Irrtum jedoch unterlief den Eliten des Regimes und der Opposition gemeinsam und unter Vermittlung ausländischer Akteure, als sie am 21. Februar eine Neuauflage des Elitenpaktes aus dem Jahre 2004 versuchten: In der neuerlichen Pattsituation, in der keine der konkurrierenden Elitengruppen – die seit November zerfallende Koalition von Janukovyč auf der einen, das heterogene Zweckbündnis aus Demokraten, Nationaldemokraten und radikalen Nationalisten auf der anderen Seite – hoffen konnte, die Situation einseitig unter Kontrolle zu bringen, vereinbarte man einen Befriedungsversuch der "Straße". Abermals sollte die Verfassung von 2004 eingeführt und die nächste Präsidentschaftswahl ein Dreivierteljahr später durchgeführt werden.

Dieser Elitenpakt scheiterte in jeder Hinsicht. Erstens wurden erneut jene Spielregeln in Kraft gesetzt, welche in den Jahren nach der Orangen Revolution zur Belebung des politischen Wettbewerbs beigetragen hatten, da sie die politische Macht auf zwei Gravitationszentren verteilten. Das versetzte Janukovyčs politischer Koalition, die bereits seit Ende des Jahres 2013 in Auflösung begriffen war, den Todesstoß. Die Abgeordneten der Partei der Regionen und ihre wichtigsten Sponsoren folgten allerdings weniger neugewonnenen demokratischen Einsichten, als der gewohnt klientelistischen Bündnislogik: Da der amtierende Präsident nunmehr ganz offensichtlich eine "lahme Ente" geworden war, dessen Unterstützung dem eigenen politischen Überleben schadete, zerfiel seine parlamentarische Mehrheit. Damit wurde die Entlassung Janukovyčs durch die Verchovna Rada arithmetisch möglich. Der späte Wahltermin zielte zweitens ganz offensichtlich darauf, allen Wettbewerbern um die politische Macht eine Atempause zu verschaffen, um neue Allianzen auszuhandeln. Beides bedeutete für die Aktivisten auf dem Majdan - zusammen mit dem Umstand, dass sich die Opposition überhaupt zu einer Einigung mit dem Regime bereit fand – eine weitere Bestätigung ihrer langjährigen Wahrnehmung, dass die gesamte nationale Elite des Landes korrupt sei und nun eine neue Runde ihres Streits um die Aufteilung der Macht einzuläuten. Die Vereinbarung signalisierte in ihrer Sicht daher – und abweichend von der Bewertung der meisten westlichen Beobachter - gerade keinen "demokratischen Neubeginn".³⁷ Deshalb auch beglaubigte der Majdan diesen Pakt nicht. Und deshalb waren am Morgen des 22. Februar 2014 buchstäblich alle Elitengruppen des Landes gleichzeitig delegitimiert, weil sie sich daran beteiligt hatten.

Parallel versuchte das Parlament, der Lage Herr zu werden. Es setzte Janukovyč in einem Verfahren ab, das im Widerspruch zu beiden Verfassungen stand und wählte am 27. Februar eine neue Regierung, die aber nicht alle politisch relevanten Akteure umfasste. Der Verzicht auf die Bildung einer "Regierung der nationalen Rettung" bedeutete, dass der Wettbewerb um die politische Macht bereits wieder in Gang gekommen war. Mit dem politischen Vakuum aber, das sich dadurch auftat, geriet der ukrainische Staat in eine existentielle Krise. Es bedurfte offenbar einiger Tage, um das staatliche Gewaltmonopol in Kiew wieder durchzusetzen, wo der "Rechte Sektor" Regierungs- und Verwaltungsgebäude besetzt hatte.

Machtvakuum und Separatismus

Die Absetzung Janukovyčs durch das Parlament war ein verfassungswidriger Schritt, den man – wie etwa Gerhard Simon in seinem Beitrag³⁸ – substantiell rechtfertigen mag, aber sie ist auch ein weiteres Beispiel in einer langen Reihe opportunistischer Aufkündigungen politischer Spielregeln, die eine Habitualisierung demokratischer Praktiken in der Ukraine bisher verhindert haben. Die Plausibilität der These, diese Absetzung habe "gute Chancen für eine Stabilisierung" geboten, welche allein durch die Politik Russlands zunichte gemacht worden seien, beruht daher auf der Ausblendung des innenpolitischen Kontexts und der Erfahrungen, welche die Akteure in den vergangenen zwei Jahrzehnten gesammelt haben. Die umstandslose Neubildung einer Regierung und die Schaffung von Fakten, wie etwa die schnelle Unterzeichnung des politischen Teils des EU-Assoziierungsabkommens, entbehrten der prozeduralen Legitimität. Man muss sie sicherlich als Versuch interpretieren, die Handlungsfähigkeit einer neuen Elitenkoalition herzustellen und die Macht im Staate zu übernehmen, aber es handelt sich zunächst viel mehr um einen "revolutionären" Vorstoß als um einen Schritt in Richtung Demokratie.

Revolutionsskeptische Argumentationen betonen die Risiken der antikonstitutionellen Zerstörung existierender Institutionen, weil sie einen langwierigen Prozess des institutionellen Experimentierens in Gang setzen, der destruktiv verlaufen kann. Da Demokratie auf die unbestrittene Geltung von Regeln vital angewiesen ist, erscheinen Revolutionen nicht als empfehlenswerter Gründungsakt einer solchen Ordnung.³⁹ Auch eine Rückschau auf die enttäuschende Bilanz der Orangen Revolution bestärkt Zweifel daran, ob die Einhaltung von zivilisierten Regeln des Machtkampfes auf revolutionärem Wege erreicht werden kann. Dieser Aspekt ist von den meisten Beobachtern und Kommentatoren übersehen worden, als sich seit November 2013 auf dem Majdan neuer Protest formierte und im Februar 2014 der Präsident gestürzt wurde. Man wird jedoch anerkennen müssen, dass diese Ereignisse die Staatlichkeit der Ukraine tief erschüttert haben und den latenten Separatismus auf der Krim und dann auch im Osten der Ukraine befeuerten.

³⁶ Andrij Portnov: Krieg und Frieden. Die Euro-Revolution in der Ukraine, in: OSTEUROPA, 1/2014, S. 7-24. – Juri Andruchowytsch (Hg.): Euromaidan. Was in der Ukraine auf dem Spiel steht. Berlin 2014; hier vor allem die Beiträge von Kateryna Mishchenko, Jurko Prochasko, Timothy Snyder, Mykola Rjabtschuk.

³⁷ So etwa Gerhard Simon im vorliegenden Band, S. 9–40.

³⁸ Ebd., S. 17.

Arthur L. Stinchcombe: Ending Revolutions and Building New Governments. Annual Review of Political Science, 2/1999, S. 49–73.

Auf der Krim wurde die territoriale Integrität der Ukraine nach dem gescheiterten Kompromiss vom 21. Februar mit einer Schnelligkeit in Frage gestellt, die zunächst überrascht. Tatsächlich aber wirkten auch hier – neben der Einmischung Russlands – die genannten innenpolitischen Faktoren zusammen: Zum einen hatte sich in der Bevölkerung über ethnische und sprachliche Zugehörigkeiten hinweg seit längerem eine stark russophile Krim-Identität herausgebildet, die eine soziale Basis für separatistische Bestrebungen darstellte. Zum anderen zielte im vergangenen Jahrzehnt zwar keine der auf der nationalen Ebene rivalisierenden "Kiewer" Elitengruppen auf eine Revision des status quo der Krim, sie problematisierten diese Frage aber immer wieder öffentlich und hielten sie damit gezielt als Konfliktthema am Leben. Das politische Machtvakuum im Zentrum und die Übernahme der Regierung durch nationalukrainische Demokraten und Nationalisten Ende Februar 2014 schufen eine neue Situation, weil sie die akute Handlungsschwäche des Zentralstaats signalisierten.

Das Erwachen des latenten Separatismus auf der Krim und dessen Übergreifen auf die Gebiete Donec'k und Luhans'k hängt nicht nur mit der dominierenden prorussischen "ostslawischen" Identität in diesen Gebieten und einer ähnlichen regionalen politischen Kultur zusammen.⁴¹ Auch die starken ökonomischen und personellen Verflechtungen zwischen diesen Regionen spielen eine wichtige Rolle: Nachdem ein Teil der Krim-Eliten nach den erfolglosen separatistischen Bestrebungen der frühen 1990er Jahre nach Russland emigriert war, siedelten sich in den 2000er Jahren Vertreter von wirtschaftlichen Interessengruppen aus den benachbarten Gebieten, insbesondere aus dem Donbass, auf der Krim an. Dies brachte neue Investitionen in die regionale Wirtschaft, aber auch das organisierte Verbrechen breitete sich aus.⁴² Dies gibt plausible Hinweise auf die Herkunft einiger der ostukrainischen Warlords.⁴³ Auf Janukovyčs Absetzung reagierten die Separatisten nach Kiewer Vorbild, indem sie radikale "Volksbürgermeister" an die Stelle der bisherigen Eliten aus der *Partei der Regionen* setzten, aber auch, indem sie den Grundkonsens über die nationale Zugehörigkeit aufkündigten.

Falls diese Interpretation zutrifft, sollten die separatistischen Bestrebungen geographisch begrenzt bleiben und nicht auf weitere Gebiete übergreifen. Von besondere Bedeutung für die weitere Entwicklung sind einmal mehr die regionalen Oligarchen. Ihor Kolomojs'kyjs Investitionen in die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Dnipropetrovs'k und Rinat Achmetovs spätes, aber klares Bekenntnis zur territorialen Integrität der Ukraine stellen unter Beweis, dass sie die regionale Bevölkerung in gewissem Umfang mobilisieren können. Sie belegen aber auch den zumindest partiellen Verlust des zentralstaatlichen Gewaltmonopols, das demnach nicht nur von Separatisten in Frage gestellt wird. Aber diese mächtigen Akteure senden auch Signale, dass sie kein Interesse am Zerfall des Staates haben.



Grundkonsens über die nationale Zugehörigkeit aufgekündigt

Die offensichtliche Einmischung Russlands in diese Vorgänge muss in diesen Kontext eingeordnet werden. Während sich die Strategie Russlands zur Verteidigung seiner Interessen im Schwarzmeerraum durch den jüngsten Machtwechsel in Kiew und die EU-Assoziierung der Ukraine geändert hat und mit den Interessen und Strategien der Separatisten weitgehend konform ist, ist es unwahrscheinlich, dass Russland diese Akteure vollständig unter Kontrolle hat oder auch nur haben könnte.

Die rasante Dynamik von Separatismus und Irredentismus ist ganz sicher im Zusammenhang mit der Interventionspolitik Russlands zu sehen. Aber sie entfaltet sich auch, weil der ukrainische Staat eine eklatante Schwäche an Regierungskapazität zunächst in Kiew, wo sein Gewaltmonopol unter Druck stand, und dann in den Regionen offenbarte. Dieser Separatismus ließ sich zudem ideologisch begründen, weil der "Sieg des Majdan" sowohl durch die Orange Revolution als auch durch den Regierungswechsel Anfang 2014 als Herstellung der Dominanz des ukrainischen Westens kodiert war. Erst damit wurde die werte- und identitätsbasierte Ost-West-Spaltung des Landes, die seit der Orangen Revolution die zentrale Achse des Parteienwettbewerbs gebildet hatte, auch zur Demarkationslinie eines möglichen Staatszerfalls.

Fazit

Demokratisierung ist "die Übertragung der Macht von einer Personengruppe auf ein Regelsystem" im Rahmen eines funktionsfähigen, in seinem Bestand ungefährdeten Nationalstaates.⁴⁴ Weder die nationalen Eliten noch die Aktivisten der Orangen Revolution oder des Euromajdan haben die damit verbundenen Probleme in der postsowje-

⁴⁰ Malyarenko, Galbreath: Crimea [Fn. 14].

Die Gebiete Donec'k und Luhans'k unterscheiden sich von den westlichen, den zentralukrainischen und südlichen Regionen deutlich. Das zeigen auch jüngste Umfragen; Kiev International Institute of Sociology: The Views and Opinions of South-Eastern Regions Residents of Ukraine, 20.4.2014, <www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=302&page=1>.

⁴² Malyarenko, Galbreath, Crimea [Fn. 14], S. 926–927.

⁴³ Auch die Präsenz von Söldnern aus der Kaukasusregion steht möglicherweise im Zusammenhang mit den Krim-Donec'k-Verflechtungen, da diese dem transnationalen kriminellen Netzwerk entstammen dürften, das sich im Schwarzmeerraum schon zu Sowjetzeiten her ausgebildet hatte. – Lada L. Roslycky: Organized Transnational Crime in the Black Sea Region: A Geopolitical Dilemma? In: Trends in Organized Crime, 1/2009, S. 21–29.

⁴⁴ Przeworski, Democracy and Market [Fn. 2], S. 14.

tischen Geschichte der Ukraine bisher lösen können. Die Dynamik der Demokratisierung im engeren Sinne – die Institutionalisierung demokratischer Spielregeln – steht in existentiellem Zusammenhang mit der ukrainischen Staatlichkeit, die durch die unvollendete Nations- und Nationalstaatsbildung sowie durch die eingeschränkte infrastrukturelle Kapazität des Staates und seine neopatrimonialen Herrschaftsstrukturen gekennzeichnet ist. Vor diesem Hintergrund müssen auch Strategien sowie Organisations- und Mobilisierungsformen der kollektiven Akteure analysiert werden. Dazu gehören einerseits die politisch-ökonomischen Eliten, deren Macht- und Regelsetzungskonkurrenz das Land seit zwei Jahrzehnten prägt, und andererseits die Akteure jenseits der Eliten, welche in Mobilisierungsepisoden den Gang der Ereignisse in unvorhersehbare Richtungen lenken können. Die daraus entstehenden komplexen innenpolitischen Szenarien eröffnen externen Akteuren erhebliche Interventionschangen zur Austragung ihrer geopolitischen Konkurrenz auf dem Territorium der Ukraine. Wie unterschiedlich (und unterschiedlich legitimierbar) die Ziele und Strategien aller beteiligten Akteure auch sein mögen – das aktuelle Ergebnis ihrer Interaktionen ist eine schwere Beeinträchtigung der Souveränität und Integrität des ukrainischen Staates infolge des scheinbaren Sieges des Euromajdan und des mit ihm in einem kausalen Zusammenhang stehenden Separatismus auf der Krim und im Osten des Landes. Diese dramatische Entwicklung ist nicht nur die Folge einer bestimmten geopolitischen Situation, sondern resultiert aus einer längerfristigen innenpolitischen Entwicklung. In ihrem Verlauf hat sich das enorme Spannungspotential, das in der Gleichzeitigkeit von Demokratisierung und (National-)Staatsbildung liegt, auf spezifische Art

und Weise dramatisch entfaltet. Ob die damit verbundenen Eigendynamiken wieder

"eingefangen" werden können und durch wen, ist eine empirische Frage, die kurzfristig

keine eindeutige Antwort erhalten wird.

Otto Luchterhandt

Die Krim-Krise von 2014

Staats- und völkerrechtliche Aspekte

Die Krim-Krise und der Kampf mit Russland um die Wahrung der staatlichen Einheit der Ukraine bedeuten eine begrenzte Rückkehr zu einer Ost-West-Konfrontation in Europa, wie es sie seit dem Ende des ideologischen und machtpolitischen Ost-West-Konfliktes, seit der Integration der postkommunistischen Staaten in ein neues, gesamteuropäisches Staatensystem und darüber hinaus in ein sich immer tiefer und enger vernetzendes globales Wirtschafts-, Finanz- und Kommunikationssystem nicht mehr gegeben hat. Der Kreml, der im postsowjetischen Raum eine neue, imperiale Hegemonie Russlands anstrebt, nun im Ordnungsrahmen einer "Eurasischen Union", sah sich durch die EU-orientierte "Majdan-Revolution" in der Ukraine strategisch bedroht. Moskaus Antwort darauf sind die völkerrechtswidrige Annexion der Krim – Standort der Schwarzmeerflotte und Symbol national-russischer Größe – und die Destabilisierung der Ukraine, um deren Integration in den euro-atlantischen Westen zu verhindern und sie dauerhaft an sich zu binden.

Der vorläufig dramatischste Teil der Ukraine-Krise ist der am 18. März 2014 vollzogene Anschluss der Krim an Russland. Seither wird Europa von Aktionen separatistischer Kräfte in der Ostukraine als neuem Krisenherd in Atem gehalten, der von Russland auf verschiedene Weise, teils verdeckt, teils offen, geschürt wird. Die Krise begann im November 2013 mit Protesten gegen die Ankündigung des damaligen Präsidenten Viktor Janukovyč, er werde das Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union nicht unterzeichnen. Nach wochenlangen Demonstrationen kam es am 22./23. Februar 2014 zu einem revolutionären Umsturz in Kiew, Janukovyč flüchtete nach Russland.¹

Der durch den "Majdan" und seine "Selbstverteidigungskräfte bewirkte Sturz der ukrainischen Präsidialexekutive² fand am 27. Februar ein – stark verzerrtes – spiegel-

Otto Luchterhandt (1943), Dr. iur. habil., emeritierter Professor für Öffentliches Recht und Ostrecht, Universität Hamburg

Von Otto Luchterhandt ist in OSTEUROPA zuletzt erschienen: Verhöhnung des Rechts. Der zweite Strafprozess gegen Chodorkovskij und Lebedev, in: OE, 4/2011, S. 3–42. – Gescheiterte Gemeinschaft. Zur Geschichte Georgiens und Südossetiens, in: OE, 11/2008, S. 97–110.

Andrij Portnov: Krieg und Frieden. Die "Euro-Revolution" in der Ukraine, in: OSTEUROPA, 1/2014, S. 7–23. – Gerhard Simon: Staatskrise in der Ukraine. Vom Bürgerprotest für Europa zur Revolution, ebd., S. 25–41.

In formeller, juristischer Hinsicht hat sich der Machtwechsel in der Exekutive – Präsident und Ministerkabinett – korrekt, nach Maßgabe der Verfassung vollzogen, die am 21.2.2014 auf der Grundlage des zwischen dem Präsidenten und den drei Oppositionsparteien sowie den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Polens geschlossenen Abkommens mit der erforderli-